

DIE LINKE. Berlin  
8. Landesparteitag, 4. Tagung  
24. September 2022

## **Antrag A 28**

**Antragssteller\*in:** LAG Netzpolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

### **1 Stopp-Schild für Datensammelwut und Videoüberwachung durch die Polizei**

3 Die Linken Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, keiner Erweiterung der Polizei befugnisse zur Datenerhebung zuzustimmen und dafür zu sorgen dass, die Polizei endlich geltendes  
4 Datenschutzrecht umsetzt und ihre Tätigkeit mit den Anforderungen der Datenschutzbehörde in Einklang bringt. Polizeibeamte, die nicht sorgsam mit den Daten aus den Polizeidatenbanken umgehen,  
5 müssen aus dem Dienst schneller und konsequenter entfernt werden - auch mit einem schärferen Landesbeamtenrecht. Ein Ausbau von Videotechnik darf keinerlei Zwischenspeicherung von Videomaterial  
6 umfassen.  
7  
8  
9

#### **10 Begründung:**

11 In den Berichten der Datenschutzbehörde wird Jahr für Jahr beklagt, dass Polizei sich nicht um den  
12 Datenschutz kümmert. So gab es im letzten Bericht ein eigenes Kapitel („*Mangelhafte Zusammenarbeit*  
13 *der Polizei mit unserer Behörde*“, Seite 54 - <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citativt/19/DruckSachen/d19-0069.pdf>). Alle Polizeidatenbanken gehören gründlich auf den Prüfstand.  
14 Es darf keine weiteren Leaks privater Daten aus der Polizei geben und wenn doch müssen sie  
15 mit dem Ende der polizeilichen Berufslaufbahn verbunden sein. Unter diesen Umständen ist etwa die  
16 Ausweitung der Videoüberwachung durch Änderungen am Berliner Polizeiaufgabengesetz (ASOG) bis  
17 Ende 2022 nicht vertretbar.  
18